FDP Waldeck-Frankenberg

WOLFSPOLITIK: KAUM HOFFNUNG IN SICHT

19.07.2021

Wiebke Knell, FDP-Landtagsabgeordnete aus dem Schwalm-Eder-Kreis und jagd- und landwirtschaftspolitische Sprecherin, hat sich auf Anregung des FDP-Ortsverbandes Alheim und Vorsitzendem Aribert Kirch mit dem örtlichen Jagdpächter Jens Obach, Ortslandwirt Thomas Weitzel und Schäfer Norbert Mark zum Erfahrungsaustausch in Sachen „Wolf“ getroffen. Alheim liegt im Siedlungsgebiet der sogenannten Stölzinger Wölfin, die als in Hessen ansässig gilt. Anlass war ein gerissenes Schaf aus der Herde von Norbert Mark, welches keine 200 Meter von der Wohnbebauung Alheims getötet wurde.

Obach kritisierte die lange Bearbeitungsdauer in Zusammenhang mit den Rissuntersuchungen.

Obwohl die Rissweise und die Fraßspuren häufig auf den Wolf als Beutegreifer hinweisen, laute das Ergebnis oft, dass es kein Wolf gewesen sei. Da aber zwischen dem Riss und dem Auffinden des Kadavers auch andere Tiere den Kadaver als Nahrungsquelle nutzen, seien häufig noch weitere genetische Spuren zu finden. In solchen Fällen werde der Riss dann aber nicht dem Wolf zugeordnet.

Ortslandwirt Weitzel hat in den letzten Wochen mehrfach Rinderherden beobachtet, bei denen eine „Wagenburg“ gebildet wurde, bei der die Jungtiere von den größeren Tieren umringt und abgeschottet werden. Ein solches Verhalten legen Kühe nur bei ständiger Präsenz von Fressfeinden an den Tag. Auch wenn es offiziell zurzeit nur die Stölzinger Wölfin im Bereich Alheim geben soll, so wurden doch bereits auf Wildkameras verschiedene Wölfe unterschiedlicher Größe dort gesichtet, berichten Weitzel und Obach.

Wiebke Knell gab einen kurzen Sachstandsbericht aus der hessischen Politik. Der Wolfsmonitorplan sei nach wie vor nicht ausreichend, um einen praktikablen Herdenschutz umzusetzen. „Auf Bundesebene versuchen die FDP-Kollegen alles, um den

Abgerufen am 03.11.2026 unter https://fdp-wa-fkb.de/?p=2263

Wolf ins Jagdrecht aufzunehmen. Die bestehenden Möglichkeiten, auffällige Tiere zu entnehmen, sind aber mit hohen Hürden versehen, so, dass eine zeitnahe Reaktion quasi ausgeschlossen ist“, berichtet Knell. Letztendlich sei nur eine Aufnahme des Wolfes in das Jagdrecht zielführend, findet die Runde. Die Aufnahme ins Jagdrecht bedeutet nicht den automatischen Abschuss, sondern setze klare Richtlinien, wann wie gehandelt werden kann.

Ärgerlich sei es zudem, dass das hessische Umweltministerium auch weiterhin verneine, dass es in Hessen sogenannte Problemwölfe gebe. „Es nützt nichts, die Augen zu verschließen. Stattdessen wollen Weidezierhalter und Bevölkerung mit ihren Sorgen und Nöten endlich ernst genommen und auch aufgeklärt werden“, so Knell.

Eine Frage bleibt für alle ungeklärt im Raum: Was muss eigentlich erst passieren, bevor sich an der Haltung der Landesregierung zum Wolf etwas ändert?

So lange wollen die Alheimer nicht warten. FDP-Gemeindevertreter Aribert Kirch kündigte an, zeitnah einen Antrag zu stellen, mit dem der Gemeindevorstand aufgefordert wird, entsprechende Warnschilder aufzustellen, mit denen auf die Präsenz des Wolfes hingewiesen wird. Damit sollen die Menschen vor Ort sensibilisiert werden.

Bildunterschrift: v.l. Aribert Kirch, FDP Alheim, Wiebke Knell, MdL, Norbert Mark, ortsansässiger Schäfer, Thoma Weitzel, Ortslandwirt, Jens Obach, Jagdpächter. Im Hintergrund die Schafsherde, aus der das erwähnte Tier gerissen wurde.

Abgerufen am 03.11.2026 unter https://fdp-wa-fkb.de/?p=2263